

Notaufnahme: Klinikleitung sucht Dialog

Inzwischen klärendes Gespräch mit Krankenhausverein – SPD und FWG äußern sich

Freilassing. Die aktuellen Entwicklungen am Freilassinger Klinikum sorgen weiter für Diskussionen. Wie die Heimatzeitung erfahren hat, gab es inzwischen ein Gespräch des Klinikvereins mit der Leitung der Kliniken Südostbayern, in dem es um die Gründe der Verlegung der Notaufnahme in den 1. Stock ging. Dazu will sich der Klinikenverein Anfang der nächsten Woche äußern.

Unterdessen melden sich Vertreter der Lokalpolitik in Sachen Krankenhaus zu Wort. Darunter die SPD: Wie die Sozialdemokraten in einer Presseaussendung schreiben, verabredeten sich die Mitglieder des Ortsverbands zu einem Videochat, um sich darüber auszutauschen, wie der Standort zukunftsfähig gemacht werden kann.

An der Konferenz nahmen die beiden Freilassinger SPD-Stadträte Helmut Fürle und Susanne Aigner, die gleichzeitig auch im Kreistag sitzen, teil. Darüber hinaus waren weitere Mitglieder des Ortsvereins um Peter Kriwan zugeschaltet. „Es muss klar sein, in welche Richtung sich der Gesundheitsstandort Freilassing weiterentwickeln soll und welche Grundlagen für uns unverzichtbar sind“, führt er in der Pressemitteilung aus.

Aigner erinnert bei dieser Gelegenheit daran, dass sich die SPD aus gutem Grund jahrzehntelang für eine wohnortnahe psychiatrische Versorgung für unsere Re-



Der bisherige Eingang zur Freilassinger Notaufnahme ist seit Montag nur noch Kulisse. Denn die Erstversorgung der Patienten findet nun im 1. Stock statt. Das sorgte für einiges Unverständnis. – F.: Johannes Geigenberger

gion eingesetzt habe. „Deswegen ist für uns das Inn-Salzach-Klinikum ein elementarer Baustein, den wir unter allen Umständen auch nach Auslauf der aktuellen Vereinbarung in 2030 erhalten wollen.“ Ihr pflichtete der Gesundheits- und Krankenpfleger Michael Reiter mit Blick auf die aktuelle Situation bei: „So dringend notwendig die Einschränkungen zur Bekämpfung von Covid-19 waren und sind: wir werden in den kommenden Monaten und Jahren auch das Ergebnis von Isolation und fehlenden sozialen Kontakten sehen und damit um-

gehen müssen.“ Der Erhalt der kommunalen Trägerschaft für alle Kliniken im Landkreis sei immer zentrales Anliegen der SPD gewesen, erinnerte anschließend der Ortsvorsitzende Helmut Fürle. Entgegen mancher Behauptungen jetzt lautstark vorgebrachter Behauptungen hätte eine Privatisierung keinesfalls bessere Bedingungen geschaffen – weder für die Patienten noch für das Personal.

Die Diskussion über die weitere Entwicklung gelte es sachlich und zukunftsorientiert zu führen. Der nostalgische Blick auf die „gute alte Zeit“ sei ebenso wenig hilfreich

wie unhaltbare Versprechungen, waren sich die Teilnehmer der Videokonferenz einig. Eine weitere Stärkung des Standorts als Medizinisches Versorgungszentrum, die Sicherung der Akutversorgung und Notaufnahme und die Weiterentwicklung in eine Struktur ähnlich einer Poliklinik seien wichtige Ansätze, um die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern. Die Chancen dafür seien trotz zukünftig wohl schmaler ausgestatteter öffentlicher Haushalte auf alle Fälle vorhanden: In der Corona-Krise seien die Bedeutung der Gesundheitsversorgung als zentraler Bestandteil der öf-

fentlichen Daseinsvorsorge, die weder Sparzwängen geopfert noch der Privatisierung ausgesetzt werden darf, deutlich geworden.

Kontroverse um Auswirkung des Matulusgarten-Projekts

Damit schlägt die SPD in die gleiche Kerbe wie Julia Albrecht. Die FWG-Stadträtin hat sich ebenfalls an die Heimatzeitung gewendet und ihre Gedanken zum Thema „Lehren aus Corona“ geäußert: „Corona zeigt gnadenlos das Scheitern unserer Kranken- und Gesundheitsreformen auf.“ Alle Arten von Daseinsversorgung, zu der auch die Kliniken gehören, vertragen nur sehr eingeschränkt Wettbewerb. „Im Krankenhaus wird dieser grundsätzlich auf dem Rücken von Personal und einfachen Bürger getragen“, ist Albrecht überzeugt.

Während hier also weitgehend Einigkeit herrscht, was die Ansichten von FWG und SPD angeht, sind sich die beiden Fraktionen in einem anderen Bereich allerdings uneinig – und zwar in der Frage, welche Auswirkungen das Wohnprojekt Matulusgarten auf den Krankenhausstandort hätte. Während die FWG in der Vergangenheit darauf pochte, dass das Grundstück für die Klinik vorgehalten wird, sieht die SPD hier keine Problem. Es gäbe weiterhin genügend Möglichkeiten, um den Standort Freilassing in Zukunft weiter zu entwickeln. – red/jag